

VII Schluss

Die Tafeln erscheinen heute als ein widersprüchliches und umstrittenes Phänomen. Wenn selbst eine Bundesministerin als Schirmherrin der Tafeln bei Gelegenheit äußerte, dass es solcher Unterstützung in einem reichen Land wie der Bundesrepublik nicht bedürfen sollte, dann widerspricht diese Form der Wohltätigkeit offensichtlich grundlegenden, bislang gültigen gesellschaftlichen Selbstverständnissen. Dennoch war die öffentliche Wahrnehmung der Tafeln lange Zeit eine beinahe uneingeschränkt positive, die sich vor allem auf das freiwillige Engagement der Tafelaktiven stützte. Daran schließt die Selbstdarstellung der Tafeln bis heute ganz überwiegend an, konzertiert von ihren Sponsoren und prominenten FürsprecherInnen. Seit der Sozialreportage von Selke (2008) und Statements von Wohlfahrtsverbänden (vgl. Neher 2008) dringt aber auch die »andere Seite« des gesellschaftlichen Selbstverständnisses in die öffentliche Kommunikation. Im Wesentlichen wird es dabei für nicht akzeptabel gehalten, dass Gesellschaftsmitglieder sich mit einer Form von Unterstützung konfrontiert sehen sollen, die sich aus unverbindlichen Leistungen in Form überschüssiger, sonst unverkäuflicher Lebensmittel zusammensetzt. Kritisch wird daran zum einen gesehen, dass diese Unterstützung keine ausreichend verbindliche und gegebenenfalls einklagbare Rechtsbasis hat; zum anderen, dass sie aus Sachmitteln besteht, auf die die Unterstützten keinen Einfluss haben, statt dass sie auf der Basis von Geldleistungen selbst über ihren Einkauf verfügen können. Mit solcher Kritik wird nicht nur aus Geberperspektive das wohltätige Engagement bei der Beurteilung berücksichtigt, sondern auch und vor allem die Konsequenzen für die, die unterstützt werden sollen.

Solange es sich bei Tafeln um vereinzelte Initiativen handelte, konnte man sicher sein, dass es sich bei ihren Angeboten um zusätzliche handelte, die keinen Einfluss auf die im Übrigen garantierten sozialstaatlichen Sicherungen haben. Heute werden aber laut Angaben des Bundesverbands der Tafeln etwa 1,3 Millionen Menschen erreicht; hinzu kommen die Ungezählten, die ähnliche Angebote

anderer, nicht im Bundesverband organisierter Initiativen nutzen. Heute gibt es – im Wortsinne – ausgebaute Infrastrukturen der Tafelaktivitäten, die zum Teil ihrerseits von administrativer Seite unterstützt werden (vgl. IV 5.4), und Sozialbehörden verweisen ihre Klientel für weitere Unterstützung auf die Tafeln. Blickt man über die Landesgrenzen hinaus, wird sichtbar, dass tafelähnliche Initiativen, vor allem in Form von *Food Banks*, bereits zum festen Bestandteil vieler Überflussgesellschaften geworden sind und die Ausbreitung der *charitable food assistance* in globalen Dimensionen unaufhaltsam voranzuschreiten scheint. Zwar wird gelegentlich noch die Frage aufgeworfen, ob Tafeln und ähnliche Initiativen wieder überflüssig werden sollten oder könnten oder ob sie sich gar selbst wieder überflüssig machen können oder sollen. Faktisch ist diese Frage aber bis auf weiteres bereits entschieden. Zu sehr hat sich dieses wohltätige Sammeln und Verteilen überschüssiger Lebensmittel bereits etabliert und zu sehr hält die weltweite Ausbreitungsdynamik nach wie vor an. Aber auch im Selbstverständnis der Initiativen sieht man sich in der Regel als Teil der Lösung und ist folglich mehr am eigenen Wachstum als an Alternativen orientiert. Die Umbenennung der größten US-amerikanischen *Food Bank*-Organisation von »Second Harvest« in »Feeding America«, 2008, ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Äußerung des Bundesvorsitzenden in Deutschland, dass die Tafeln als »notwendiger Teil unseres Sozialsystems« anzusehen seien (vgl. IV 4.2).

Dass sich diese Expansion von einer lokalen Initiative zu einer transnationalen Dynamik durchsetzen konnte, folgte keinem großangelegten Masterplan, der nur noch vollzogen werden musste. Im Zuge der Entwicklung selbst konnten sich allerdings verschiedene Motive und Interessen daran knüpfen: die AktivistInnen finden eine Möglichkeit Gutes zu tun, etwas zu bewegen und sich zu engagieren; UnternehmerInnen können sich als gesellschaftlich verantwortlich präsentieren, in sozialer Hinsicht innovativ sein und dabei die vorhandenen Überschüsse verwerten; PolitikerInnen und Prominenz können eine gute Sache sowie ganz allgemein das Freiwilligenengagement der Zivilgesellschaft unterstützen; Tafelnutzende sehen eine günstige Gelegenheit Geld zu sparen und dabei vielleicht auch andere Menschen zu treffen. Aber obwohl alle etwas davon haben, zeigt die Bilanz für einige, nämlich die Tafelnutzenden, eine Verschlechterung der sozialen Position – und auch in ökologischer Hinsicht sind keine Vorteile zu sehen. Das Zusammenspiel der Akteure ist im Folgenden zu resümieren (1). Es ist zugleich Teil umfassenderer Entwicklungen, die hier in überflussgesellschaftlicher Perspektive untersucht wurden (2).

Mit der vorgelegten Studie konnten die Tafeln im Zusammenhang mit Tafelnutzenden und Sponsoren untersucht werden. Neben vertiefenden Studien zu diesen

Akteursgruppen werden weitere Untersuchungen in verschiedenen Richtungen das Verständnis der Tafeln und ähnlicher Initiativen sowie der mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungstrends befördern. Zum einen ist das die genauere Analyse der transnationalen Entwicklungen, die hier nur im Ansatz geleistet werden konnte (Kapitel IV 5.4). Damit sind Erkenntnisse zum Wandel transnationaler Ungleichheitsverhältnisse zu erwarten und neue entwicklungspolitische Fragen aufgeworfen. Darüber hinaus würde das Einbeziehen weiterer Akteursgruppen die zeitdiagnostischen Einsichten auf eine breitere empirische Basis stellen. Dabei ist zuerst an die genauere Analyse der Rolle von Sozialpolitik und -administration zu denken, aber auch an die der KonsumentInnen im ›flexiblen Überfluss‹ sowie an ›Vernetzungen‹ mit anderen Verbänden und Bewegungen. Drittens bietet die weitere Untersuchung der Differenzierungen der Tafelaktivitäten (vgl. Kapitel IV 5.3) Einblicke, ob und wie sich die Tafeln selbst wandeln und inwiefern sich darin Verschiebungen zwischen Protest- und Charity-Optionen abzeichnen. Außerdem kann an die im Methodik-Kapitel skizzierten Analysen angeschlossen werden, die sich mit der ›Ding-Konstituiertheit‹ der Tafelpraxis befassen. Das ermöglicht unter anderem Erkenntnisse, inwiefern der Infrastrukturausbau der Tafeln Sachzwänge schafft oder auch neue Gestaltungsmöglichkeiten bei der Transformation des Engagements eröffnet. Schließlich wäre, quer zu den genannten Punkten, die Analyse der ökologischen Aspekte der Tafelaktivitäten lohnend.

1 ZUSAMMENWIRKEN VON TAFELN, TAFELNUTZENDEN UND SPONSOREN

Die Tafeln, die Tafelnutzenden und die Sponsoren lassen sich analytisch als eigenständige Akteursgruppen betrachten und wurden in den vorangegangenen Kapiteln auch in dieser Weise rekonstruiert. Das hat sich in der Sache bewährt, sollte aber nicht vergessen machen, dass es sich um in sich recht heterogene Akteurskonglomerate handelt, zwischen denen es zudem Übergänge gibt. Eine Vielzahl von Lebenswegen führt zur Tafel, auf Seiten der Nutzenden ebenso wie auf Seiten der Tafelaktiven. Aus der Nutzung heraus finden einige einen Zugang, in unterschiedlicher Weise zur Tafelarbeit beizutragen, bis hin zu geförderten Jobs – und gegebenenfalls von dort zurück zur Tafelnutzung. Die lokalen Tafeln variieren in beträchtlichem Maße in ihrer Größe, Aktivitätsvielfalt und ihrer Kooperationsbereitschaft mit anderen Initiativen oder Organisationen. Lokale Initiativen werden zum Teil von UnternehmerInnen gegründet (wie auch die erste Tafel in Deutschland). Die sponsernden Unternehmen kommen nicht nur

aus dem Lebensmittelbereich und reichen von kleinen lokalen Betrieben bis zu international operierenden Konzernen. Sie kommen auf die Tafeln zu oder werden von diesen angefragt; sie formulieren mitunter mehr oder weniger genaue Erwartungen daran, was mit ihren Spenden geschehen soll (vgl. Selke 2008: 72ff.) oder welcher Umgang damit eingehalten werden muss (z.B. Hygiene); als *board members* nehmen sie Einfluss auf die Geschicke von *Food Banks* (vgl. VI 2.1). Oder aber sie überlassen alles ganz den freiwillig Engagierten in den Initiativen.

Überblickt man noch einmal die empirischen Ergebnisse, dann sind für das Verständnis der Tafeln zwei Punkte besonders relevant. Erstens speisen sich die Initiativen aus zwei Quellen, nämlich sozialem Protest einerseits und Charity-Konzepten andererseits. Die eine entspringt einer Empörung über soziale Zustände, die als Missstände wahrgenommen werden. Die andere bezieht sich auf ein einfaches und viel versprechendes Konzept des Sammelns und Verteilens als Engagementmöglichkeit. Beide können eng verknüpft sein, doch ist eine analytische Unterscheidung wichtig. Die eine versteht sich nämlich selbst als politische und lenkt den Blick auf die Probleme. Letztere betrachtet dagegen Politik als etwas anderes, auf das man höchstens im Sinne von Zuständigkeiten verweisen kann; außerdem bleibt der Problembezug recht abstrakt, während die eigenen (möglichst quantifizierbaren) Aktivitäten und ihre öffentliche Darstellung in den Vordergrund rücken. Diese letztere Ausrichtung hat sich bei den Tafeln als dominierende durchgesetzt. Zu sehen ist das vor allem daran, dass es bei den Tafeln nach fast zwanzig Jahren nur wenig und recht abstraktes Wissen über die Nutzenden gibt, während andererseits immer aufwendigere Infrastrukturen des Engagements etabliert und viele Anstrengungen für die öffentliche und prominenzgestützte Selbstdarstellung aufgebracht wurden. Im Wesentlichen bestimmt die Gebersicht das Tafelengagement, nicht Fragen nach problemangemessenen Mitteln und Wegen.

Den zweiten zentralen Punkt zum Verständnis der Tafeln bilden die rekonstruierten Problembezüge des Tafelengagements, die darin angelegten strukturellen Widersprüche und die Umgangsweisen der Tafeln damit. Als zentrale, wenngleich häufig implizit bleibende Anliegen wurden in der Analyse die Reduktion von Überschüssen einerseits und die Verminderung von Armut und Ausgrenzung andererseits herausgestellt. In der öffentlichen Wahrnehmung und im Selbstverständnis dominiert die zweite Seite. Ein Großteil der Tafelarbeit findet auch unter dem Dach von Sozialverbänden statt, während die Kooperation mit Umwelt- (oder auch Verbraucher-)Verbänden keine sichtbare Rolle spielt. In beiden Hinsichten sind aber Ziele und Mittel in sich widersprüchlich. Die eigentlich zu reduzierenden Überschüsse bilden zugleich die Ressourcen, auf die sich

die Tafelaktivitäten stützen – man benötigt möglichst viel von dem, was man verringern will. Und obwohl die sozialpolitisch verfassten sozialen Sicherungen als zu gering erachtet werden, kann doch die eigene Wohltätigkeit keine verbindliche Grundlage der Unterstützung bieten oder befördern. Entscheidend, so wurde gesagt, sind aber viel weniger die strukturellen Widersprüche selbst als der Umgang mit ihnen. Solange es um Protesthandeln geht, können solche Widersprüche demonstrativ gewendet werden, jedenfalls für eine gewisse Zeit. Die Protestbotschaft ist dann: ›Seht her, hier werden massenhaft Lebensmittel (Ressourcen, Energie) vernichtet, die einer Tafel würdig wären!‹ Und in sozialer Hinsicht: ›Seht her, zugleich gibt es Menschen, denen ein Platz an der gesellschaftlichen Tafel verwehrt wird, die vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen werden!‹ Ein Protesthandeln würde freilich bedeuten, dass man sich letztlich gegen die Ursachen der skandalisierten Missstände wenden und das eigene Protesthandeln weiter entwickeln muss.

Wird dagegen das Tafelengagement des Sammelns und Verteilens von Überschüssen bereits an sich als Beitrag zur Problemlösung betrachtet, dann müssen die Widersprüche ausgeblendet werden: wenn das Sammeln von Überschüssen zu wohlütigem Zwecke schon als Reduktion verstanden wird, ändert sich an der Überschusserzeugung nichts oder befördert sie sogar; wenn das Verteilen der Lebensmittel schon als Verringerung von Armut und Ausgrenzung aufgefasst wird, werden die sozialen Rechte der Nutzenden nicht gestärkt oder sogar geschwächt. Tafelengagement als Beitrag zur Problemlösung ist freilich die faktisch dominierende Ausrichtung der Tafelpraxis. Die Widersprüche auszublenden heißt aber nicht, dass die strukturellen Konflikte vermieden werden können. Vielmehr muss ein Preis dafür entrichtet werden: Man beraubt sich benennbarer Zielsetzungen sowie der Fähigkeit zu fragen und zu diskutieren, welche Mittel problemangemessen und was geeignete Beurteilungskriterien dafür sind. Stattdessen wird das eigene Programm vollzogen und möglichst quantitativ gesteigert, weil allein diese Steigerung ›Erfolgskriterien‹ liefern kann. In diesem Zusammenhang kommt es auch zur verzerrten Problemwahrnehmung, die die Lage der Unterstützten in unrealistischer Weise zu ›Hungerproblemen‹ dramatisiert (Kapitel I 3, vgl. Lorenz 2011). Das hat den Vorteil, dass die Tafeln und *Food Banks* – zusammen mit ihren Sponsoren – nun scheinbar genau das anbieten, was dringend benötigt wird, nämlich Lebensmittel. Und es liefert die moralische Legitimation dafür, dass die eigenen Aktivitäten immer weiter fortgesetzt und möglichst ausgeweitet werden müssen, denn man darf Menschen schließlich nicht hungern lassen. Auch im zweiten Punkt ist die Konsequenz also, dass die eigenen Prioritäten die Engagementpraxis bestimmen und nicht die Auseinandersetzung mit den Problemen.

Das heißt wiederum nicht, dass diejenigen, die die Tafeln nutzen, davon nichts hätten. Warum sollten sie sonst hingehen? Im Gegenteil gehört zu einer Gesamtbilanz zweifellos die Feststellung, dass es Menschen gibt, die gerne zu ›ihrer‹ Tafel gehen. So war es etwa im Fall von Frau G. zu sehen (Kapitel V 2). Zugleich wurde aber auch die Einschränkung sichtbar, dass die Tafel dabei die Wahl mangels besserer Alternativen bleibt. Andere soziale Integrationsformen, insbesondere ein reguläres Arbeitsverhältnis oder/und eine finanziell verbesserte sozialstaatliche Absicherung, würden der Tafel vorgezogen werden.

Als *Tafelnutzung als kalkulierte Option* und *Tafelnutzung als aktive Zugehörigkeit* wurden die beiden typischerweise wichtigsten Zugänge zu den Tafeln charakterisiert. Damit verbinden sich die zentralen Nutzungsmotive. Zum einen erlaubt die Tafelnutzung Einsparmöglichkeiten und deshalb eine Entlastung des Haushaltsbudgets. Quantitativ dürfte dieser Zugang der bei weitem überwiegende sein. Mit dem Geld, das nicht für Lebensmittel ausgegeben werden muss, kann kalkuliert werden; es steht für andere Ausgaben zur Verfügung. Das darf aber nicht als ›Konsumfreiheit‹ missverstanden werden. Es sind immer noch Ausgaben damit zu bestreiten, die als grundlegender Lebensstandard gelten müssen (im Beispiel Frau K.s das Kinderbett) oder als soziale Anforderung, Konsumstandards einzuhalten (z.B. die Kleidung der Schulkinder). Zum Zweiten können die Vergemeinschaftungsoptionen genutzt werden, die sich mit den Tafeln verbinden. Wenn der Arbeitsmarkt als Integration ausfällt und nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um sich auf mit Konsum verknüpfte Weisen (im Café, im Sportclub, dem Kulturverein, via Reisen...) sozial anzuschließen, dann kann die lokale Tafel einen Ort bieten, um sich zu treffen und vielleicht darüber hinaus noch nützlich zu machen. Im Falle Frau G.s war zu sehen, dass es bestimmter Vorbedingungen bedurfte, damit solche Begegnungen nicht durch Scham und offensichtliche Asymmetrien in der Wohltätigkeitsbeziehung verstellt werden. Neben der eigenen Aktivität, die Frau G. selbst partiell in eine relative Geberrolle versetzte, war das vor allem ihr (Miss-)Verständnis einer Anspruchsberechtigung auf den Zugang zur Tafel. Die vermeintliche Rechtsbasis schließt die Vergemeinschaftungs- und Mitwirkungsmöglichkeit nicht etwa aus, sondern geht ihr voraus.

Wer nur sparen und dafür möglichst anonym die Lebensmittel abholen möchte, vermeidet gerade Zugehörigkeit. Umgekehrt kann die Nutzung der Tafelangebote aber auch in Abhängigkeit davon stehen, dass man sich erst einmal als zur Tafel oder zu den ›Tafelgängern‹ zugehörig wahrnehmen kann. *Kalkulierte Option* und *aktive Zugehörigkeit* bieten deshalb eigenständige Zugangsweisen, die aber faktisch als polare Ausprägungen auf einem Kontinuum zu verstehen sind, sich also in der Praxis keineswegs ausschließen. Empirisch kann

man davon ausgehen, dass vielfältige Verknüpfungen zwischen diesen Zugängen anzutreffen sind. Diese können von der wöchentlichen Unterhaltung in der Warteschlange beim Abholen der Lebensmittel über den regelmäßigen ›Mittagsstammtisch‹ bis zur eigenen Beteiligung an den Tafelaktivitäten reichen.

Seitens der Tafeln, so zeigten die Analysen der Solidaritätsverständnisse (vgl. IV 5.1), gibt es durchaus einen Sinn für die der Tafelnutzung zugrunde liegenden sozialen Probleme. Abzulesen war das an den Bezeichnungen Tafel-›Kunden‹ und, der weit weniger genutzten, Tafel-›Gäste‹. ›Gäste‹ steht für das Vergemeinschaftungsmotiv, für die Versammlung an der gemeinsamen Tafel, an der Essen und Zusammensein geteilt werden. ›Kunden‹ macht darauf aufmerksam, dass die Tafelnutzenden eigentlich in der Lage sein sollten, ihren Lebensbedarf als KonsumentInnen zu erwerben, dass sie also, wie alle anderen Gesellschaftsmitglieder auch, über den Markt integriert sein sollen. Obwohl sich in diesen Bezeichnungen ein normatives Problembewusstsein ausdrückt, stellt sich praktisch doch das Problem, dass die Tafelnutzenden eben weder Gäste noch Kunden sind. Sie kommen nicht aus festlichem Anlass und würden, wenn sie einen gesicherten Konsumenten-Status hätten, in den Supermarkt statt zur Tafel gehen. Es bleibt also erst einmal ungeklärt, wie die normativen Ansprüche bei der Tafel umzusetzen sind. Eine dritte, pragmatische Sicht tendierte eher dazu, genaue Bezeichnungen zu vermeiden.

Tatsächlich ist es so, dass in Bezug auf eine problemangemessene Unterstützung sowohl das pragmatische Verständnis etwas für sich hat als auch die normative Sichtweise (in den Varianten ›Kunden‹ und ›Gäste‹) – wie gleichwohl beide je für sich genommen nicht ausreichen. Die pragmatische Sicht belässt die Gründe der Tafelnutzung grundsätzlich den Nutzenden selbst, was denen ihre Autonomie belässt und ihnen keine normativ überzogenen Rollen vorschreibt. Als Effekt stellte sich aber ein, gerade weil die normative Auseinandersetzung vermieden wurde, dass die Nutzenden nur noch als zu versorgende Bedürftige erschienen. Die normativen Sichtweisen, wie sie im Kunden- und Gästebegriff zum Ausdruck kommen, bergen in sich dagegen eine hohe Sensitivität für die zentralen Problemlagen der Tafelnutzenden und damit Protestpotenzial. Allerdings wird diese Sicht zum Problem, wenn daran orientiert die Beziehung zwischen Engagierten und Nutzenden an der Tafel tatsächlich als Kunden- oder Gästebeziehung behauptet wird. Dann wird, wie oben bereits diskutiert, die Tafelaktivität selbst als angemessene Antwort, das heißt als Problemlösung, angesehen. *Problemwahrnehmung und Lösungsbeiträge müssen aber bei den Tafeln auseinander fallen.* Wenn die Probleme darin gründen, dass die Nutzenden über keinen adäquaten Marktzugang, weder zu Arbeit noch zu Konsum, und keine ausreichende Rechtsbasis verfügen, dann sind diese Probleme mit dem

Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln nicht zu lösen. Sie können dadurch sogar verstärkt werden, weil separierte Versorgungsstrukturen geschaffen und etabliert werden, denen gerade die Rechte- und Marktbasis fehlt. Letztlich wäre ein Sinn für die (unterschiedlichen) zentralen Probleme der Nutzenden zu kombinieren mit pragmatischer Unterstützung. Das schließt unmittelbare Hilfen, die die Haushaltskasse entlasten, nicht aus, aber darüber hinaus müssten auch strategische, längerfristige und advokatorische Aktivitäten der Tafeln darunter fallen, die zugleich Vergemeinschaftungsoptionen beinhalten können.

Einer solchen Sicht steht einmal mehr die falsche und vereinfachende Dramatisierung zu ›Hungerproblemen‹ im Wege. Diese motiviert die Konzentration auf Logistik und Maximierung des Umsatzes statt des Eingehens auf die Anliegen der Nutzenden. Diese Anliegen lassen sich typologisch recht allgemein begreifen, wie die Ausführungen oben zeigen können. Auf dieser Basis lassen sich geeignetere von ungeeigneteren Mitteln differenzieren. Letztlich kann aber praktische Unterstützung immer nur vermittelt über die Besonderheiten der Nutzenden geleistet werden, vor allem entlang der Frage, wie viel anonyme Nutzung versus Partizipationsmöglichkeit gewünscht und möglich ist. Eine Vermittlung von Pragmatismus und normativen Ansprüchen kann deshalb nur in der Begegnung vor Ort ausgehandelt und umgesetzt werden, verweist dabei aber zugleich auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: die Ausgrenzungsprobleme wie auch die Integrationsstandards, an denen die Unterstützungen zu bemessen sind.

Soweit wurden die Tafeln, die Tafelnutzenden und ihr Zusammenwirken rekapituliert. Nun sind die Sponsoren einzubeziehen. Bei diesen wurde eine Faszination für das einfache Tafelkonzept beobachtet, das Zuviel zu denen zu transferieren, bei denen zu wenig ist. Dabei bleibt das Problembewusstsein jedoch abstrakt. Dass solche Unterstützung letztlich eine hilfreiche sei, wird zwar unterstellt, Armut und Ausgrenzung sind aber nach Datenlage kein Gegenstand genauerer Prüfung. Bestenfalls verlässt man sich dabei auf die Tafeln. Noch weniger wird die andere Seite der Tafelanliegen aufgegriffen, nämlich Überschüsse zu reduzieren. Im Grunde müsste es Sache der Unternehmen sein, angeregt durch die Tafeln, Überschüsse zu reduzieren. Die Überschusserzeugung folgt aber Marktregeln, auf die das Tafelengagement üblicherweise keinen Einfluss ausübt. Nur individuell verspricht das Sammeln bei UnternehmerInnen eine gewisse Entlastung, weil gute, wenngleich unverkäufliche Lebensmittel nicht vernichtet werden müssen.

Im Übrigen stehen die Gewinne des Tafelsponsorings im Vordergrund, die insbesondere in Steuervorteilen durch Spenden, Verringerung des Entsorgungsaufwands und bei einigen Sammelformen auch in Umsatzsteigerungen bestehen.

Diese Gewinne werden allerdings nirgends aufgelistet. Die Kommunikation des sponsernden Engagements steht vor dem Problem, dass die gute Tat zwar Imagegewinne verspricht. Würde man aber die eigenen Vorteile transparent gegenrechnen, könnte der Eindruck entstehen, dass von den gesellschaftlichen Problemen noch profitiert werden soll. Genannt werden solche Gewinne deshalb nicht konkret, sondern höchstens allgemein nach der Formel: alle haben etwas davon, wir auch – ohne allerdings den Gewinn dieser Unterstützungsform für die wohltätig Bedachten gegenüber anderen, insbesondere sozialstaatlichen Unterstützungen, zu belegen. Freilich kann dann diese Intransparenz, dass die moralisch kommunizierte Tat die eigenen Vorteile nicht benennt, erst recht für unglaubwürdig gehalten werden. Interessant wäre es deshalb allemal, wenn Unternehmen, zum Beispiel in Nachhaltigkeitsberichten, solche Gesamtrechnungen präsentieren würden. Der moralische Gewinn würde dadurch zwar vermindert, aber es würde das Niveau der Debatten um gesellschaftliche Probleme heben und könnte im Sinne der Glaubwürdigkeit die Anerkennung von Unternehmensbeiträgen auf andere Weise durchaus befördern.

Was Tafeln und sponsernde Unternehmen bislang verbindet, sind zum einen die je eigenen Vorteile, die sich aus dieser Kooperation ergeben. Darüber hinaus ist es die geteilte Faszination für ein vermeintlich einfaches, innovatives und effektives Hilfskonzept. So ist es kein Zufall, dass man sich auch in der Kritik trifft, die eine Staatskritik ist – und beispielsweise keine Unternehmens-, Konsum- oder Kulturkritik, abgesehen vielleicht von der Kritik an der ›Wegwerfgesellschaft‹. Bei der institutionalisierten Politik wird die Verantwortung für Armut und Ausgrenzung gesehen. Einer Kooperation mit politischer Prominenz steht das aber nicht im Wege. Vielmehr werden solche Kooperationen als eigener Erfolg gegenüber der Politik gewertet, dass diese nämlich das wohltätige Engagement damit anerkennt (vgl. IV 4.2). Und so wird eine wohltätige Engagementform aufgewertet und in Konkurrenz zur sozialstaatlichen Unterstützung gerückt, die eigentlich die Sozialpolitik als unzureichend kritisieren wollte. Das freiwillige und unternehmerische Handeln wird als dem staatlichen gegenüber überlegen präsentiert.

Sicher, die Tafeln sind nicht angetreten den Sozialstaat abzuschaffen (können das auch gar nicht), sondern um zu helfen. Dennoch gibt es Zusammenhänge zwischen den sozialstaatlichen Entwicklungen und der Verbreitung der Tafeln. In einer Zeit, in der der Sozialstaat in Verruf geriet, weil er zu bürokratisch, zu teuer, zu autoritär und zu unflexibel sei, erfreuten sich die Tafeln wachsender Beliebtheit. Es stellt sich aber die Frage, ob mit ihrer Engagementform Antworten auf die Kritiken am Sozialstaat gefunden sind. Für die Sozialkassen ist es wohl billiger, wenn Überschüsse von Freiwilligen verteilt werden. Unbürokra-

tisch ist das auf den ersten Blick gewiss auch, allerdings bedarf dieses Engagement ebenfalls einer Infrastruktur, die nun offensichtlich ihrerseits ständig ausgebaut wird und weiter wuchert. Bei der Autorität ist der Gewinn noch fraglicher: Der Sozialstaat soll allen auf rechtlich verbindlicher Basis gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die Tafeln agieren dagegen vielleicht mitfühlend, aber doch paternalistisch: Abgesehen davon, dass sie nur verteilen können, was gerade verfügbar ist, bleibt es immer ein freiwilliges wohlütiges Geben gegenüber recht- und letztlich einflusslosen Empfangenden. Flexibel ist diese Hilfeform auch nicht, sofern man unter Flexibilität eine problemangepasste Arbeit versteht. Das Verteilen von Lebensmitteln wird aber als Generalkonzept weltweit verfolgt und als immer passend behauptet. Gerade das simple Konzept – vom Zuviel zum Zuwenig – fasziniert als Innovation, ohne dass gefragt würde, wie sich das zu konkreten Problemen verhält. Bei aller Kritik, die man an staatlicher Unterstützung formulieren kann, ist diese doch (rechts-)verbindlicher und kann differenzierter organisiert werden¹ – aber das ist eben nicht so leicht zu haben.

Die einfache Staatskritik greift zu kurz und das stattdessen verfolgte oder behauptete unternehmerische Handeln erweist sich als Alternative als zu schlicht. Wie man dies etwa im Umweltbereich über die letzten Jahrzehnte beobachten konnte, stehen sich soziale Bewegung und staatlich-institutionelle Entwicklungen nicht einfach diametral entgegen, sondern vollziehen sich in wechselwirkender Weise. Von den Gründungen grüner Parteien, über die Einrichtung von Umweltministerien, Umweltämtern und Umweltgesetzgebungen bis zu internationalen Klimakonferenzen ist die Umweltthematik zu einem etablierten staatlichen Aktionsfeld geworden. Das macht eine Protestkultur und zivilgesellschaftliche Organisation aber keineswegs überflüssig, wie die bekannten NGOs und nicht zuletzt die neueren Atomproteste zeigen, erfordert freilich auch darin Weiterentwicklungen. Allgemeiner formuliert:

»Die Idee der ›solidarischen Bürgergesellschaft‹ (...) geht davon aus, dass sich staatliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement nicht nur ergänzen, sondern aufeinander angewiesen sind: Der Staat braucht die Impulse der Bürgergesellschaft, die staatliches

1 Ganz in diesem Sinne lässt sich exemplarisch ein Ergebnis von Hirsland/Lobato (2010) lesen, die die im Zeichen der Flexibilisierung eingeführten Vorgehensweisen der neueren Arbeitsmarktpolitik untersuchten: »Dennoch stellt sich grundsätzlich auch die Frage, ob mehr Flexibilität, wie sie im alten Sozialhilferecht bis vor wenigen Jahren gegeben war, nicht zu bedarfsgerechteren Lösungen führen würde« (ebd.: 34). Hier ist mit Flexibilität tatsächlich der Bezug auf die zu bearbeitenden Probleme gemeint.

Handeln anregen, gegebenenfalls korrigieren, in jedem Fall aber legitimieren. Die Bürgergesellschaft braucht einen ermöglichenden Staat, der Rahmenbedingungen schafft, damit sich das gemeinsinnige Engagement von autonomen Bürgerinnen und Bürgern entfalten kann. Wesentlich ist auch die enge Verbindung von Engagement- und Demokratiepolitik (...)« (Rindt/Klein/Klein 2011: 12).

So werden auch die sozialpolitischen Entwicklungen in den Sozialverbänden viel kritischer diskutiert als bei den Tafeln, weil es hier ein stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung der rechtlichen Verbindlichkeit sozialer Leistungen gibt – andererseits ist diese Kritik öffentlich selten zu hören und die meisten Tafelinitiativen arbeiten heute gerade unterm Dach der Verbände. Nur auf ›die Politik‹ zu zeigen und dort die Verantwortlichkeit abzuladen, wie von den Tafeln in Kooperation mit Unternehmen praktiziert, greift jedenfalls zu kurz und hat im Übrigen nur den Zweck, sich in den eigenen Aktivitäten einzurichten und sich nicht irritieren lassen zu wollen. In den Größenordnungen, in denen die Tafeln heute agieren, und vor dem Hintergrund der transnationalen Entwicklungen, in die sich die Tafeln nahtlos einfügen, kann aber längst nicht mehr plausibel behauptet werden, dass es sich um unpolitische, gesellschaftlich einflusslose Aktivitäten handelt, die bloß spontane Hilfe leisten würden.

Die Tafeln – als Gesamtphänomen und in ihrer derzeit ausgeprägten, so entwickelten Verfassung – präsentieren sich zusammen mit Unternehmen und Prominenz in einer ›großen Koalition der Helfenden‹, die den ›bedürftigen Empfängenden‹ gegenüber stehen. Sie repräsentieren deshalb mehr den gesellschaftlichen Ausschluss, als dass sie zu dessen Überwindung beitragen würden. Nach über vier Jahrzehnten des wohltätigen Sammelns und Verteilens überschüssiger Lebensmittel, davon fast zwei Jahrzehnten Tafeln in Deutschland, sind die Organisationen gewachsen, aber es ist nicht zu erkennen, dass dadurch die Überschüsse geringer wurden und Armut und Ausgrenzung vermindert werden konnten. Im Gegensatz zum eigenen Wachstum können die Tafeln in der Sache auf keine Erfolge verweisen. Ihre Inszenierung als unpolitische Größe ignoriert die gesellschaftliche Rolle, die sie faktisch spielen. In letzter Zeit hat sich der Bundesverband der Tafeln Forderungen nach einer Kindergrundsicherung und einem Mindestlohn angeschlossen. Ob diese Protestseite des Engagements doch noch einmal aufgegriffen und weiter entwickelt wird, muss prinzipiell offen gehalten werden. Ein starker Trend in diese Richtung ist momentan nicht auszumachen. Die Tafeln sind in ihrem derzeitigen Zustand als Symptom gesellschaftlicher Polarisierungsprozesse zu betrachten, aber nicht als eine Option auf die Bearbeitung von deren Überschuss- und Ausgrenzungsproblemen.

2 TAFELN IM FLEXIBLEN ÜBERFLUSS

Tafeln und ähnliche Initiativen sind ein originäres Phänomen der Überfluggesellschaften. Sie greifen auf deren systematisch hervorgebrachte Überschüsse zurück, um diese als Ressource ihrer Wohltätigkeiten zu verwenden. Auf diese Weise machen sie Polarisierungstendenzen sichtbar zwischen einer – ökologisch bedenklichen – Vermehrung des materiellen Überflusses einerseits und weiterhin vorhandener Armut andererseits. Sie knüpfen so eine praktische Verbindung zwischen den auseinander strebenden Entwicklungstendenzen von Überfluss und Ausgrenzung. Aufgabe der Studie war es, diese Verknüpfungspraxis zu analysieren, um daran einen empirisch fundierten Beitrag zur soziologischen Gegenwartsdiagnostik der Überfluggesellschaften leisten zu können.

Dazu war es überdies notwendig, auch theoretisch ein zeitgemäßes Verständnis der Überfluggesellschaften vorzuschlagen. Auch wenn ›Überfluggesellschaft‹ seit fünf Jahrzehnten ein geläufiger Deutungsbegriff der hoch industrialisierten, reichen Gesellschaften ist, ist er doch soziologisch unterbestimmt geblieben. Das empirische Phänomen des wohltätigen Sammelns und Verteilens von Lebensmittelüberschüssen regte als neuerer Umgang mit gesellschaftlichem Überfluss dazu an, über eine solche Bestimmung nachzudenken. Überfluss wird heute vor allem als Konsumüberfluss aufgefasst. Um dem untersuchten Phänomen gerecht zu werden, bestand die besondere Herausforderung darin, diesen Überfluss konzeptionell mit den zu beobachtenden Ausgrenzungen zu verbinden und auf dieser Basis die sozialen und ökologischen Konsequenzen des gesellschaftlichen Umgangs mit Überfluss im Zusammenhang betrachten zu können. Mit der Deutung des ›flexiblen Überflusses‹ beziehungsweise der ›flexibilisierten Überfluggesellschaft‹ wurde ein entsprechender Vorschlag skizziert. Zentral dafür sind die Begriffe der Wahl/Optionen, der Gestaltung und der Konflikte um Grenzziehungen.

Damit ist es möglich, eine Überfluggesellschaftsperspektive auf die ökologischen und sozialen Probleme von (Konsum-)Überfluss und Ausgrenzung einzunehmen. Zuerst zur ökologischen Relevanz des Überflusses: Diese überrascht aufgrund des bekanntermaßen mit dem materiellen Überfluss verbundenen Energie- und Ressourcenverbrauchs nicht. Sie muss sich aber auch in der Terminologie des Deutungsvorschlags eines flexiblen Überflusses reformulieren lassen: Wie sind Grenzen der Optionenvermehrung zu ziehen und wie sind die Aushandlungen und Erkundungen ökologischer Möglichkeiten zu gestalten? Die Tafelpraxis, so zeigen es die Rekonstruktionen, nimmt auf die gesellschaftliche Überflusserzeugung keinen relevanten vermindernenden Einfluss, gestaltet also keine ökologischen Grenzziehungen. Eher erweist sie sich als moralischer Katalysator, da

erklärtermaßen nur die anfallenden Überschüsse abgeschöpft werden sollen, um sie wohl­tätig zu verwenden. Das entlastet den »Irrsinn« (leitender Angestellter eines Filialbackwarenhandels, Kapitel VI 3) gesteigerten Verbrauchs und dessen Überschussprobleme moralisch, fördert aber dadurch nicht seine Verminderung. Eher lädt es ein, »großzügig« Überschüsse bereitzustellen, um dadurch noch mehr Gutes zu tun.

Optionenverfolgung ist eine Macht- und Ressourcenfrage. Dort, wo die Optionenmehrung einiger auf Kosten der Gestaltungsmöglichkeiten anderer geht, entstehen soziale Konfliktlinien. Das schafft in der Überflusperspektive die Verbindung zu den Problemen sozialer Ausgrenzungen. Ausgrenzungen sind dann dadurch bestimmt, dass sie auf Notwendigkeit festlegen und keine Wahl lassen. Sie sind insofern ein Überflusphänomen als sie nicht aus verbreiteter Not (einer Mangelgesellschaft) resultieren, sondern eine Ungleichheitsrelation im gesellschaftlichen Umgang mit Überfluss wiedergeben. Die entscheidende Konfliktlinie verläuft in diesem Sinne zwischen denen, die Wahlmöglichkeiten haben, und denen, die keine Wahl haben. An dieser sozialen Konfliktlinie erscheinen in der gesellschaftlichen Praxis die Tafeln.

Gerade an den Tafeln war zu sehen, dass eine Mangelperspektive, die die Probleme der Tafelnutzenden als »Hungerprobleme« deutet, an der Realität vorbei geht. Die Funktion einer solchen Sicht besteht vor allem darin, die Fortsetzung und Ausweitung der Aktivitäten von Tafeln und Unternehmen/Sponsoren zu legitimieren und von einer adäquaten Auseinandersetzung mit den Problemen sowie geeigneteren Bearbeitungen abzuhalten. Die Überflusperspektive betrachtet die Tafeln dagegen als eine neuere Form des Umgangs mit dem gesellschaftlichen Überfluss. Sie wirft deshalb die Frage auf, welche Wahloptionen in der Lebensgestaltung den Tafelnutzenden durch die Tafeln eröffnet werden. Aus dieser Perspektive zeigt sich, dass die Tafeln, solange sie an einer Mangeldeutung und entsprechend behaupteter Notversorgung festhalten, die Tafelnutzenden in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ebenfalls auf Notwendigkeit festlegen und damit Ausgrenzung reproduzieren: Tafelnutzende sind dann die, die keine andere Wahl haben als zur Tafel zu gehen.

Keine Wahl zu haben ist eine relative Bestimmung (s.a. Kapitel II) und muss deshalb für die Analyse von Ausgrenzungen konkretisiert werden. Bei den Tafeln selbst gibt es lokal mehr oder weniger ausgeprägte Wahlmöglichkeiten, sei es bei den verfügbaren Lebensmitteln, bei weiteren Tafelangeboten von anderen Sachmitteln bis zu Beratungen und bis schließlich zu Gelegenheiten, sich an der Tafelarbeit zu beteiligen. Darüber hinaus sind die Tafeln mit ihren Unterstützungsangeboten ihrerseits eine Möglichkeit, für oder gegen die sich potenzielle Nutzende entscheiden können. Das Leben der Tafelnutzenden ist nicht durch die

Tafeln allein bestimmt und hängt deshalb auch in den Möglichkeiten der Lebensgestaltung nicht einfach von diesen ab. Was im Zusammenhang mit den Tafeln ausgrenzungsrelevant wird, muss genauer bezeichnet werden, was anhand der dargelegten Interviewrekonstruktionen möglich wurde.

Ausgrenzung ist dann zum einen *ökonomisch* bestimmt, das heißt in Bezug auf Arbeit *und* Konsum. In beiden vorgestellten Fällen (Frau K. und Frau G.) handelt es sich um Menschen, die seit etwa anderthalb Jahrzehnten mit kleineren Unterbrechungen arbeitslos sind. So werden sie offensichtlich als Produzentinnen nicht benötigt, wie sie auch als Konsumentinnen nur eine marginale Rolle spielen. Im Gegensatz zur Erwerbsarbeit wird die Bedeutung des Konsumenten-Status in den Ausgrenzungsdebatten bislang nicht systematisch als solche berücksichtigt. In Gesellschaften aber, die sich in vieler Hinsicht als ›Konsumgesellschaften‹ verstehen, ist die Einschränkung des Konsumenten-Status, wie besonders am Fall von Frau K. herausgearbeitet, eine massive Ausgrenzung. Bei den Tafeln gibt es durchaus einen Sinn für die Bedeutung des Verlustes von Konsumteilhabe. Das zeigt sich insbesondere daran, dass in der Tafelpraxis Marktverhältnisse simuliert werden – indem sich Tafeln als unternehmerische Akteure (in Kooperation mit sponsernden Unternehmen) präsentieren, ›Tafelläden‹ betreiben und vor allem die Tafelnutzenden als ›Kunden‹ bezeichnen. Solche Bezeichnungen verdecken aber nur notdürftig, dass es sich eben nicht um eine Marktbeziehung handelt, sondern um Unterstützungsangebote *neben* dem Markt. Gerade die Simulation, die etwas in Aussicht stellt, was sie selbst nicht einhalten kann, demonstriert die Einschränkung des Konsumenten-Status und damit Ausgrenzung. Wäre der Konsumenten-Status nicht beschädigt, würden die Tafeln gerade nicht genutzt. Dennoch an einer solchen Simulation festzuhalten kann sogar, wie bei Frau K. zu sehen, zu zusätzlichen Demütigungen führen. Zwar ließ sich auch zeigen, dass Tafelnutzende ihren Konsumenten-Status indirekt dadurch stützen können, dass sie durch die Tafelnutzung an Lebensmittelausgaben sparen und so über etwas mehr Geld verfügen können. Der Preis dafür ist freilich, gewissermaßen einmal wöchentlich die Pforten der Ausgrenzung zu passieren.

Mit dem weitgehenden Verlust ökonomischer Teilhabe gehen zudem Bezüge zum öffentlichen Leben verloren. Dennoch bewegen sich Frau K. und Frau G. in sozialen Beziehungen, die sich für letztere freilich dadurch reduzieren, dass die Kinder mittlerweile erwachsen und aus dem Haus sind. Nicht zuletzt daraus speist sich ihre Suche nach Zugehörigkeit bei den Tafeln. Zugehörigkeit ist dabei freilich doppeldeutig, weil sie nicht nur als Sozialbeziehung im engeren Sinne erscheint, sondern ebenso als formal (rechtlich) fundierte. Ausgrenzungsrelevant ist deshalb zum anderen der *Rechtsstatus*. Zugehörigkeit oder ›Überflüssigkeit‹

können auch hier nur relative Kategorisierungen sein. Schon für Simmel (1992) galt, dass gerade in modernen Staaten zumindest die Staatsbürgerschaft die armen und deshalb in vieler Hinsicht ausgeschlossenen Menschen immer noch als Gesellschaftsmitglieder einschließt. Wenngleich sich die Situation im transnationalen Wandel komplexer darstellt, gilt das heute genauso oder auf dem Stand der Sozialstaatsentwicklung sogar noch umfassender.² In diesem Sinne sind noch die in beiden rekonstruierten Fällen als Schikanen und Inkompetenzen des Arbeitsamtes erlebten Abhängigkeiten Zeichen der Inklusion. Ausgrenzungsrelevant ist deshalb vor allem die Frage sozialrechtlicher Absicherung und Teilhabeermöglichung, z.B. die Höhe der vorgesehenen Transferleistungen oder die Ausgestaltung und Konditionierung solcher Leistungen (vgl. ALG II versus Sozialhilfe bei Frau K.). Am Beispiel Frau G.s war die Bedeutung sozialstaatlicher Sicherung und Ermöglichung daran zu sehen, dass sie von ihr da vorausgesetzt wurde, wo es sie nicht gab, nämlich bei den Tafeln. Ihr Zugehörigkeitsempfinden und ihre Mitwirkung an der Tafel beruhten ganz wesentlich auf dem Missverständnis, einen sozialstaatlich begründeten Anspruch auf Tafelunterstützung zu haben. Insofern kann man sagen, dass die Tafel hier faktisch die rechtliche Absicherung ersetzt. Die Tafel ist nicht nur ein ›Ort‹ neben dem (Konsum- und Arbeits-)Markt, sondern auch neben dem Sozialstaat. Beides wird in der Tafelpraxis tendenziell verdeckt: in ökonomischer Hinsicht durch die simulierte Marktbeziehung, in rechtlicher Hinsicht durch quasi-amtliche Prüfungen und Papiere (z.B. Bedürftigkeitsprüfung, Tafelpass). Während so der Eindruck der Anspruchsberechtigung bei den Tafelnutzenden gestärkt wird, sorgt gerade diese ›Anspruchshaltung‹ bei den Tafelfreiwilligen immer wieder für Unmut und führt zu Konflikten. Daran ist zu sehen, dass die Tafeln die Last sozialstaatlicher Verbindlichkeiten nicht tragen können, sondern damit massiv überfordert sind und sich dann auf ihre Freiwilligkeit zurückziehen müssen.

-
- 2 Da die Tafeln auch von MigrantInnen genutzt werden, kann nicht selbstverständlich von der deutschen Staatsbürgerschaft ausgegangen werden, allerdings wird in der Regel eine andere Staatsbürgerschaft vorliegen. Auch ohne die deutsche ist die Situation der MigrantInnen keine völlig rechtlose, und sie haben ebenfalls Rechte im Hinblick auf sozialstaatliche Unterstützung, die aber geringere als für deutsche Staatsangehörige sind. Am geringsten ist die staatliche Integration bei Asylbeantragenden, Flüchtlingen und sogenannten Illegalen (vgl. Scherschel 2011). Ob sie insbesondere im letztgenannten Falle die Tafeln nutzen können, wird von den lokalen Gegebenheiten abhängen. Nicht zuletzt die Bedürftigkeitsprüfung anhand offizieller Bescheide und Dokumente kann dem entgegenstehen.

Sicherlich ist es nicht an der Sozialwissenschaft, von den gesellschaftlichen Akteuren irgendetwas einzufordern und darüber zu befinden, was sie zu tun und zu lassen hätten. Es ist aber auch nicht Aufgabe der Sozialwissenschaft, die Rechtfertigungen der Akteure für ihr Handeln lediglich zu bestätigen. Dagegen kann die sozialwissenschaftliche Rekonstruktion sowohl gesellschaftliche Entwicklungstrends analysieren, die eine andere Perspektive auf die Akteursaktivitäten eröffnen als sie diese üblicherweise selbst einnehmen – was nicht heißt, dass sie diese ihrerseits prinzipiell nicht ebenso einnehmen können. Und die Sozialwissenschaft kann auch Akteure an ihren eigenen Maßstäben messen. So gesehen muss die Studie damit schließen, dass eigene Ansprüche und Vorstellungen der Tafeln – strukturell gesehen und im Allgemeinen – durch ihre Aktivitäten nicht eingelöst werden. Wenn es die Ansprüche sind, mit ihrer Arbeit dazu beizutragen, dass Armut und Ausgrenzung ebenso wie Überschüsse vermindert werden, dann zeigt die Analyse, dass die Tafeln das nicht leisten können. Nicht etwa, weil sie zu wenige wären oder über zu wenige Mittel verfügen würden, sondern weil die eigenen Mittel diesen Zielen nicht entsprechen können.

Zwei Alternativen der Tafelentwicklung, die sich eher ergänzen als ausschließen, schienen im Zuge der Studie auf. Die eine wäre eine (Wieder-)Belebung der Protestoption, mit dem Sammeln und Verteilen als demonstrativem Akt auf zwei problematische Entwicklungen hinzuweisen, nämlich Überschusserzeugung einerseits und soziale Ausgrenzung andererseits. Ob das wirklich *noch* eine Option ist, ist allerdings fraglich. Zu lange schon wird beides durch die Tafeln vorgeführt, aber in einer Weise, die bislang eher den Eindruck zu vermitteln suchte, dass das Tafelengagement selbst eine eigenständige Lösungsoption für die Probleme bietet. Die zweite Alternative setzt auf die Fortentwicklung des eigenen Aktivitätsspektrums. Dafür gibt es, so war es zu sehen (Kapitel IV 5.3), durchaus einige Ansatzpunkte. Entscheidend wäre es, dafür geeignete Kriterien zu entwickeln, anhand derer sich beurteilen lässt, ob die gewählten Mittel und Wege tatsächlich zu den gesetzten Zielen führen.

Die Überflussgesellschaften bringen durch die Erzeugung immer neuer Wahloptionen an Gütern, Dienstleistungen und Sinnangeboten zugleich immer weitere Überschüsse und ökologische Belastungen hervor. Andererseits sind Menschen von Arbeit, Konsum und sozialer Sicherung so weit ausgeschlossen, dass ihnen die materielle und rechtliche Basis dafür fehlt, sich am Wählen zu beteiligen. Indem sie die Tafeln nutzen, das heißt die nicht gewählten Überschüsse, können sie ihren Lebensalltag etwas entlasten. Sie werden aber dadurch nicht in einer Weise integriert, dass sie selbst in verbesserte Wahl- und Gestaltungspositionen kommen. Die in Tafeln und ähnlichen Initiativen Engagierten sind nicht verantwortlich für gesellschaftliche Polarisierungsprozesse zu ma-

chen. Sie legen sich aber bislang auch keine Rechenschaft über die Konsequenzen ihrer Aktivitäten ab. Mit der starken Moralisierung des Engagements (»Hungerprobleme«) immunisieren sie sich vor sachlicher Kritik. Darüber hinaus verdeckt ihre Simulation von Marktbeziehungen und sozialstaatlichen Praktiken, dass beides eben durch die Tafeln nicht ersetzt werden kann. Letztlich ist aber weniger die Frage entscheidend, welche Gesellschaft die Tafeln wollen – oder ungewollt befördern –, als vielmehr die Frage, ob und welche Tafeln gesellschaftspolitisch gewollt sind. Sie ist Teil der Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit Überfluss.

